

# Deponie: Keine Baulast für Kriete

22.12.11

Mehrheitsgruppe im Kreistag setzt sich mit Antrag durch – Keine Planung in Haaßel, bevor der Bedarf nachgewiesen ist

ROTENBURG. Mit Mehrheit hat es der Kreistag gestern abgelehnt, der Firma Kriete die Nutzung der kreiseigenen Straße in dem vom Unternehmen für eine Deponie auserkorenen Gelände in Haaßel zu gestatten. Der Entscheidung war eine kontrovers geführte Debatte vorausgegangen.

Auf die Tagesordnung des Kreistags war die Causa Deponie gelangt, weil die Firma Kriete die vom Landkreis in Haaßel gekauften gut zehn Hektar Grund und Boden nur über eine kreiseigene Straße erschließen kann. Dafür bedarf es einer Baulast, die der Landkreis zu Gunsten der Firma ins Grundbuch eintragen lassen muss. Darum habe Kriete den Kreis nunmehr gebeten, führte Landrat Hermann Luttmann gestern während der Sitzung des Kreistags aus.

Um zu gewährleisten, dass das Seedorfer Unternehmen dort im Falle einer Genehmigung nicht mehr als eine „kleine Deponie“ betreiben kann, regte Luttmann

an, die für eine Deponie zu nutzenden Flächen auf die vom Kreis verkauften Areale zu beschränken und die Zuwegung entsprechend zu begrenzen. Keinen Zweifel ließ er daran, dass der zwischen Kreis und Kriete geschlossene Kaufvertrag die Eintragung einer Baulast beinhaltet.

Das sehen SPD, Grüne und WFB, die neue Mehrheit im Kreistag, anders, wie Volker Kullik (SPD) verdeutlichte. Er bezeichnete die Baulast als Pfand, das der Kreistag nicht aus der Hand geben dürfe und unterstrich: „Wir lehnen die Einrichtung einer Deponie in Haaßel, gleich welcher Art, unter den gegebenen Umständen ab.“ Abgesehen davon habe Kriete seines Wissen keinen konkreten Antrag auf Einrichtung einer Deponie beim Gewerbeaufsichtsamt gestellt. Dass die Firmenleitung den Kreis jetzt bitte, die Baulast einzutragen, wertet Kullik als Bruch des von ihr gegebenen Versprechens, alle Beteiligten am runden Tisch über neue Entwicklungen

zu informieren. „Ich sehe keinen Zwang, die Baulast einzutragen“, sekundierte Dr. Manfred Damberg (Linke). Sollte der Kreistag der Linie des Landrats folgen, dann „laufen wir Kriete auch noch hinterher“.

Unterstützung erhielt Luttmann vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Heinz-Günter Bargfrede. Das Gebaren der Mehrheitsgruppe werde ein mögliches Genehmigungsverfahren lediglich verzögern, nicht jedoch verhindern können. Gleichwohl betonte Bargfrede: „Sollten von einer Deponie in Haaßel Gefahren für Mensch und Natur ausgehen, dann darf dort keine entstehen.“

Sie werde sich gegen den Landrat stellen, kündigte Thea Tomforde (CDU) an. Sie sehe sich als Vertreterin der Bürger in Anderlingen, Haaßel und Selsingens. Und die lehnten eine Deponie ab.

Auch sie hob hervor, dass die Kriete-Firmenleitung zugesagt hatte, den runden Tisch stets auf dem Laufenden halten zu wollen. „Das ist nicht erfolgt“ – nicht einmal die anderen Anlieger der kreiseigenen Straße seien ins Bild gesetzt worden. Auch Tomforde betrachtet die Baulast als Pfand in den Händen des Kreises.

Angeichts der Tatsache, dass der Inhalt des Kaufvertrags mit Kriete durchaus unterschiedliche Interpretationen zulasse, mutmaßte Reinhard Lindenberg (WFB), das sei womöglich bewusst geschehen. Unzweifelhaft sei indes, dass kein neuer Antrag der Firma beim Gewerbeaufsichtsamt eingereicht wurde – mithin: „Es liegt kein Grund zur Eile vor.“

Wie schon zuvor mehrfach, so widersprach der Landrat erneut. Kriete sei vom Gewerbeaufsichtsamt aufgefordert worden, die Eintragung der Baulast nachzuweisen. Doch auf seinen Einwurf ging niemand ein. Vielmehr kam von Gerhard Oetjen (WFB) der

Hinweis, dass der Kreis das Gutachten zur einst in Haaßel geplanten Hausmülldeponie mit den Grundstücken zusammen verkauft habe – nicht jedoch eine Baulast.

Das Stichwort Hausmülldeponie griff Reinhard Bussenius (Grüne) auf. Das sei ein vor 22 Jahren begangener Irrtum gewesen, der sich nicht wiederholen dürfe.

Mit den Stimmen von Dr. Manfred Damberg und Thea Tomforde lehnte die Mehrheitsgruppe den vom Landrat eingebrachten Beschlussvorschlag ab.

Ebenfalls mit breiter Mehrheit beschloss der Kreistag, die Einrichtung einer Deponie in Haaßel zum aktuellen Zeitpunkt grundsätzlich abzulehnen. Ferner fordert das Gremium, vor Beginn einer Planung für eine Bodendeponie den Bedarf nachzuweisen, ein Suchraumverfahren in dem Gebiet zu starten, der als Bedarfsraum definiert wurde, und, falls nötig, eine Bodendeponie in öffentlicher Hand zu betreiben. (tk)

» Mitverkauft wurde das Gutachten zur Hausmülldeponie – nicht die Baulast. «

GERHARD OETJEN